

Jan Ole Arps

Als aus Studenten Arbeiter wurden

Revolutionäre Betriebsarbeit in Deutschland seit den 1970er Jahren

file:///C:/Users/Asus/Downloads/Beitrage_zur_Geschichte_einer_pluralen_L-2.pdf

2011 aus: BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE EINER PLURALEN LINKEN HEFT 3

BEWEGUNGEN, PARTEIEN, IDEEN MARCEL BOIS, BERND HÜTTNER (HRSG.) Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Seite 29-35

Was haben der Lobbyist Joschka Fischer, der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber und der Opel-Betriebsrat Klaus Franz gemeinsam? Sie sind in den 1970er Jahren als linksradikale »Aktivisten«, wie man heute sagen würde, in die Fabrik gegangen, um dort zu arbeiten – und die Arbeiter für die revolutionäre Sache zu gewinnen. Joschka Fischer als Mitglied der Sponti-Gruppe Revolutionärer Kampf, Berthold Huber im Auftrag des Kommunistischen Arbeiterbunds Deutschland, der Vorgängerorganisation der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands), und Klaus Franz als Anhänger der maoistischen KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/ Aufbauorganisation).

Joschka Fischer, Berthold Huber und Klaus Franz waren nicht die Einzigen, die nach 1968 den Kontakt zum Proletariat suchten. Einige Tausend junge Linke verließen die Universitäten, um sich in den Fabriken mit den Arbeitern zu vereinen. Harry Oberländer, der damals ebenso wie Joschka Fischer bei Opel in Rüsselsheim anheuerte, schrieb einige Jahre später einen Satz, der die Stimmung auf den Punkt brachte: »Ich wusste nicht, was auf mich zukam. Aber ohne die Arbeiterklasse hatten wir keine Chance, die Welt zu verändern, so viel war klar.«

Während Bücher über die Anschläge der RAF ganze Regalmeter füllen und mehrere Dutzend Filme sich bemühen, die Psyche von Ulrike Meinhof, Andreas Bader, Gudrun Ensslin oder weniger bekannten Mitgliedern der bewaffneten Linken auszuleuchten, herrscht über die Kämpfe in den Fabriken und den durchaus verbreiteten »Klassenverrat«, den die Söhne und Töchter des Bürgertums damals begingen, eine bemerkenswerte Unkenntnis. Das hat seine Gründe: Die Arbeits- und Ausbeutungssphäre ist ein Ort, über den nur in Ausnahmesituationen öffentlich gesprochen wird. Normalerweise sind die Verhältnisse und Konflikte am Arbeitsplatz »Privatsache«.

Die Aktiven damals waren nicht zuletzt mit dem Ziel angetreten, dieses Schweigen über die Arbeit zu durchbrechen.

Raus aus der Uni – rein in die Bevölkerung

Der Schritt in die Fabriken ist nicht zu verstehen, ohne sich zwei zentrale Erfahrungen ins Gedächtnis zu rufen, die die jungen Protagonisten der Bewegungen von 1968 geprägt hatten. Zum einen schien sich die Welt in einem Tempo zu verändern, das schwindeln ließ: Anfang der 1960er hatten sich die meisten afrikanischen Länder nach langen Befreiungskämpfen von der europäischen Kolonialherrschaft befreit. In den USA mobilisierte die Bürgerrechtsbewegung für die Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung, und auch die Proteste gegen den Vietnamkrieg nahmen kein Ende. In China mündete Maos Aufruf zur Kulturrevolution in einer breiten Jugendbewegung gegen die alten Parteifunktionäre, und in der Tschechoslowakei forderte der Prager Frühling die bürokratisch erstarrten realsozialistischen Systeme heraus. Angesichts dieser Ereignisse schienen revolutionäre Veränderungen auch in Europa, ja sogar im biedereren Westdeutschland, möglich. Die revolutionäre

Welle war nicht aufzuhalten: »You better start swimming, or you'll sink like a stone«, sang Bob Dylan in »The Times They Are A-Changing«. Neben dem Gefühl, alles erreichen zu können, stand am Ende des Jahres 1968 eine weitere Erfahrung: Die Macht der Protestbewegung war begrenzt. Auch in der Bundesrepublik hatte der Aufbruch vor allem Jugendliche und junge Erwachsene erfasst; das politische Zentrum waren die Universitäten, genauer gesagt: der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). In den Mobilisierungen gegen die Notstandsgesetze, für eine Hochschulreform und gegen den Springer-Konzern zeigten sich jedoch deutlich die Grenzen des Protests. Die Auslieferung der Springer-Zeitungen konnte nicht verhindert werden, nicht einmal nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, als es in zahlreichen Städten zu Straßenschlachten und Attacken auf die Auslieferungsfahrzeuge des Konzerns kam. Die Notstandsgesetze wurden trotz großer Demonstrationen und ebenso großer öffentlicher Empörung verabschiedet.

Versuche, die Arbeiter zu den Protesten zu mobilisieren, scheiterten am Unwillen der Gewerkschaften oder am fehlenden Kontakt der jungen Revolutionäre zum »Proletariat« Zugleich zeigten die Ereignisse in Frankreich und Italien, welche Sprengkraft gemeinsame Kämpfe von Studenten und Arbeitern entfalten konnten. Als die westdeutsche Protestbewegung Ende 1968 abebbte und der SDS zerfiel, entbrannte eine heftige Debatte um die Organisationsfrage und darum, wie das Bündnis mit dem Proletariat geschmiedet werden könnte. Als dann im September 1969 eine Welle wilder Streiks auch durch westdeutsche Betriebe ging, gab das den Diskussionen um organisierte Betriebsarbeit neuen Auftrieb. »Es war sowieso klar, dass man raus musste aus diesem studentischen Milieu und rein in die Bevölkerung«, sagt Barbara Köster, damals aktiv im Frankfurter SDS und der Betriebsprojektgruppe.¹

»Gut, dann zeigte es sich auch nach kampfwillig, das Proletariat, und dann war die Frage: Wie kommen denn die beiden zusammen, ›Intelligenz und Proletariat‹, und werden ein Traumpaar?«

Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass der revolutionäre Funke nicht von allein überspringen würde, dass man vielmehr den Geist der Rebellion »in die Betriebe tragen« müsse. Dazu kamen allerlei weitere politische oder persönliche Motive: Abenteuerlust, Neugier auf die unbekannte Welt der industriellen Produktion oder schlicht das Gefühl, dass man diesen wichtigen Bereich der Gesellschaft überhaupt erstmal kennenlernen musste, sollte es mit der Revolution weitergehen. »Wir, die linken Studenten«, schrieb eine Gruppe aus dem Kölner SDS, deren Mitglieder sich auf mehrere Großbetriebe aufteilten, »sprachen von Proletariat, proletarischer Linie an der Hochschule etc. und wussten vom westdeutschen Arbeiter nur, dass er morgens verflucht früh aufstehen muss und tagsüber blaue Anzüge trägt. Aus Werken von Marx, Lenin und Mao Tse-tung hatten wir außerdem noch gelernt, dass die Kollegen Mehrwert schaffen und ausgebeutet werden. Das war aber auch schon fast alles.«² Doch darüber, wie der Schritt in die Fabriken aussehen sollte, gingen die Vorstellungen ziemlich weit auseinander.

»Spontis« und Maoisten

Da waren zum einen die Basis- und Betriebsprojektgruppen, die in den großen Universitätsstädten entstanden und die später als »Sponti-Gruppen« bezeichnet wurden (und sich auch selbst so nannten).³ Viele dieser Gruppen stellten sich die Aufgabe, die Situation und die Konflikte in den Betrieben zunächst zu untersuchen, um die Bedingungen für eine revolutionäre Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter zu ergründen. Die Stichworte hierfür lieferte eine Strömung des italienischen Marxismus, der »Operaismus« (von Operaio – Arbeiter). Dessen Untersuchungen in den norditalienischen Fabriken der 1960er hatte eine neue, an den wilden Streiks der aus Süditalien stammenden »Massenarbeiter« orientierte politische Theorie und Praxis inspiriert. Ausgangspunkt der Operaisten war die Beobachtung, dass die Arbeiterklasse nicht als einheitlicher, überhistorischer Akteur angesehen werden könne. Vielmehr sei sie ständig in Bewegung. In Arbeitskämpfen und

politischen Auseinandersetzungen formiere sie sich als kollektive Kraft. Das Kapitel wiederum versuche, diese widerständige Kollektivität, die »politische Zusammensetzung« der Arbeiter, durch technische Umstrukturierungen des Produktionsprozesses zu zersetzen. Diese Lesart des marxischen Kapitals nahm eine grundlegend andere Perspektive auf die Gesellschaft ein: Nicht die Konkurrenz der Einzelkapitale, sondern die Kämpfe und Verweigerungsstrategien der Arbeiter begründeten den Zwang zur permanenten Revolutionierung des Produktionsprozesses. Die Arbeitskämpfe seien somit die eigentliche Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung. Die durch die Umstrukturierungen erreichte »technische Neuzusammensetzung« der Arbeiter in der Fabrik wirke wiederum auf ihr politisches Verhalten, ihre »politische Zusammensetzung« zurück. Hier habe die Untersuchung anzusetzen. Sie müsse die technische Zusammensetzung analysieren, die in ihr liegenden Widersprüche – zugleich die Bedingungen für eine neue politische Zusammensetzung – aufspüren. Das sollte in Diskussionen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern geschehen, die diese Auseinandersetzungen zugleich befähigen sollten, ihre Situation besser zu verstehen und dagegen zu kämpfen. 1 Sofern nicht anders vermerkt, stammen die Zitate aus Interviews, die ich für das Buch »Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren« gemacht habe.

Im – nicht nur italienischen – Marxismus der 1950er und 60er Jahre barg diese These einigen Zündstoff. Denn sie forderte den Anspruch der Kommunistischen Parteien heraus, die »objektiven Interessen der Arbeiterklasse« zu repräsentieren. Zugleich erlaubte sie es, die gegen die Arbeit gerichteten Aktionen der aus dem Süden zugewanderten »Massenarbeiter« in den Blick zu nehmen. In den Sabotagestreiks und Straßenschlachten, in denen die süditalienischen Arbeiter gegen die monotone und anstrengende Arbeit am Band, die Kasernierung in Wohnheimen und den Rassismus der norditalienischen Gesellschaft rebellierten, drückte sich kein Stolz auf die Arbeiterexistenz aus, wie er die Kultur der Kommunistischen Parteien prägte. Hier brach sich die Wut über die entwürdigende Organisation der Arbeit und die Funktion als Arbeitskraft überhaupt Bahn.

Die Kämpfe der Massenarbeiter drückten den Arbeitskonflikten der 1960er Jahre ihren Stempel auf. In dem Maße, wie sich die Arbeitermilitanz in Italiens Fabriken ausbreitete, nahmen auch die rebellierenden Studenten die operaistischen Thesen mit wachsender Begeisterung auf. Auch vielen westdeutschen Antiautoritären schien die Theorie aus Italien attraktiv, betonte sie doch die Möglichkeit spontaner und nicht gewerkschaftlich eingegerter Auseinandersetzungen in den Fabriken. Und auch der Vorschlag, die Klassenzusammensetzung zu untersuchen, leuchtete schon allein deshalb ein, weil es in den Produktionsstätten der westdeutschen Industrie eine Arbeiterschicht gab, die den süditalienischen Massenarbeitern in vielerlei Hinsicht ähnelte: die sogenannten Gastarbeiter, oder, wie sie von den deutschen Anhängern des Operaismus genannt wurden – die multinationalen Massenarbeiter.

In mehreren Städten machten sich daher ab 1970 Gruppen des Sponti-Spektrums an eigene Untersuchungen. Diese Gruppen wollte das Proletariat nicht als Avantgarde anführen, sondern durch gemeinsame Aktionen solche Arbeiterinnen und Arbeiter aufspüren, die in den Kämpfen der Folgejahre selbst die Rolle einer betrieblichen Avantgarde einnehmen könnten. Auf die griffigste Formel brachte die Frankfurter Gruppe Revolutionärer Kampf (RK) diese strategische Vorstellung. Ihren programmatischen Aufsatz zur Betriebsintervention aus dem Jahre 1971 überschrieb sie mit »Untersuchung – Aktion – Organisation.«⁴

Eine zweite, gemessen an der Zahl ihrer Teilnehmer weitaus größere Variante, sich von einer Studenten- in eine Arbeiterorganisation zu verwandeln, setzte auf die Gründung maoistisch-kommunistischer Organisationen.⁵

Ab 1970 entstand eine ganze Reihe solcher Organisationen, die sich an den Schriften Lenins und Mao Tse-tungs orientierten und das Ziel verfolgten, eine neue, revolutionäre kommunistische

Arbeiterpartei aufzubauen. Diesen Anspruch trugen sie oft schon im Namen vor sich her: KPD/ML (Marxisten-Leninisten), KPD/AO (Aufbauorganisation), Kommunistischer Bund, Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kommunistischer Arbeiterbund Deutschland – so oder ähnlich lauteten die Namen der Organisationen, die zusammenfassend K-Gruppen genannt werden.

Diese Gruppen beabsichtigten, Arbeiterinnen und Arbeiter für die künftige KPD zu gewinnen und »revolutionäres Klassenbewusstsein« im Proletariat zu verbreiten. Dabei orientierten sie sich an Lenins Modell der Avantgardepartei. Die Arbeiter, hatte Lenin in seinem 1902 erschienenen Aufsatz »Was tun?« geschrieben, würden allein durch ihre wirtschaftlichen Kämpfe allenfalls »trade-unionistisches« oder »nur-gewerkschaftliches« Bewusstsein entwickeln, sich also für möglichst gute Verkaufsbedingungen ihrer Ware, der Arbeitskraft, organisieren. Die Einsicht, dass die kapitalistische Warenproduktion insgesamt revolutionär überwunden werden müsse, könne ihnen nur von außen, durch die Partei gebracht werden. Die Partei sollte die Arbeiter daher im ökonomischen und politischen Kampf anführen; durch besonders konsequenten Einsatz für Arbeiterinteressen sollten ihre Kader sich Vertrauen bei ihren Klassengenossen erwerben und so für Glaubwürdigkeit der Partei in politischen Fragen sorgen. Zentrales Agitations- und Organisationsmittel war die Zeitung, in der die Partei ihre Positionen vorstellte und die ideologische Auseinandersetzung mit konkurrierenden Organisationen führte. Dieses Modell versuchten die diversen konkurrierenden kommunistischen Parteien und Bünde für die Bundesrepublik zu adaptieren. Auch die Mitglieder dieser Organisationen kamen, zumindest in der Anfangszeit, oft von den Universitäten. Viele von ihnen fingen in Industrieunternehmen an, um sich zu »proletarisieren«, also selbst zu Arbeitern zu werden. Damit war in manchen Organisationen durchaus auch die kulturelle Anpassung an ein bestimmtes Bild des Arbeiters gemeint: Die Haare wurden wieder kürzer, die Kleidung ordentlicher, und die Rockplatten verschwanden in die hinteren Fächer des Regals. Für die Mitglieder der K-Gruppen hatte diese Maskerade die Funktion, Gewissheit zu stiften: Die bürgerliche Existenz, die bis vor kurzer Zeit angestrebte Berufskarriere, aber auch die antiautoritäre Disziplinlosigkeit wurden an den Nagel gehängt. Stattdessen begann die Laufbahn als Berufsrevolutionär im Proletariat.

Die Fabrik, ein Abenteuerspielplatz

»In den ersten Tagen war es für mich unmöglich, aus den Geräuschen der arbeitenden Maschinen die Einzelstimmen herauszuhören und die verschiedenen Arbeitsvorgänge, die zu jedem Geräusch gehören, in ihrer Abfolge zu begreifen. Die Halle mit dem durchsichtigen Kunststoffdach kam mir vor wie ein enormes Zelt über einem Gewirr von Lauten und Stimmen, aus dem ich zunächst nur unterscheiden konnte, dass die Maschinen der eigentlich lebendige und tätige Teil der Halle sind: die Maschinen stampfen, dröhnen, grunzen, spucken, die Ventile fauchen, die Maschinenhämmer knallen, die Schraubchenteller klicken, die Maschinen werden gefüttert, geputzt und, wenn etwas nicht funktioniert, sofort repariert.«⁶

Mit diesen Worten beschrieb der Schriftsteller Peter Schneider 1970 seine ersten Eindrücke von der Arbeit in einer Bosch-Fabrik in Berlin. Viele andere erlebten ihren Arbeitsbeginn ähnlich. Die Fabrik war, jedenfalls für die meisten, die zuvor studiert hatten, eine fremde Welt. Sie schüchterte ein. Und sie faszinierte. Die Fabrik hatte eine offizielle Funktionsweise – die Arbeitsanweisungen, Dienstvorschriften und Handgriffe, die der Arbeitsprozess vorgab – und eine inoffizielle, die unter der Oberfläche lag: die kleinen Korrekturen am Arbeitsgerät, die Methoden zum Überlisten der Maschinen, das Langsamarbeiten, wenn kein Meister da war, die Schleichwege, auf denen man unbemerkt einige Minuten vor Ende der Arbeitszeit zu den Spinden gelangen konnte. Aber auch die vielfältigen Tätigkeiten, denen die Kollegen neben der Arbeit nachgingen. Peter B., der im Mai 1973 beim Autohersteller Ford in Köln anfang, beschreibt das Motorenwerk, in dem 3 000 Leute unterschiedlicher Nationalitäten in drei Schichten arbeiteten, trotz der strikten Arbeitsorganisation

als kaum kontrollierbaren Markt der Möglichkeiten. »Ford war ein Abenteuerspielplatz«, sagt er. »Du konntest alles kaufen, alles handeln, alles tauschen – es war eine echte Subkultur!«

Egal, ob die Aktivisten die Fabrik als faszinierend oder bedrückend erlebten – alle machten die Erfahrung, dass sie nach ziemlich anderen Regeln funktionierte als die Welt des politischen Protests, die die Aktivisten in den Jahren zuvor geprägt hatte. Eine zentrale Schwierigkeit bestand für Aktive aller Strömungen darin, ihre Vorstellungen von Parteaufbau oder revolutionären Kämpfen mit dem Alltag am Arbeitsplatz in Einklang zu bringen.

»Morgen« oder »Mahlzeit«

»Du musst die Arbeiter begrüßen (»Morgen« oder »Mahlzeit«). Das ist sehr wichtig, denn viele Arbeiter halten Flugblattverteiler für überhebliche Intellektuelle, die sie belehren wollen. (...) Eine normale Begrüßung durch den Verteiler drückt dessen kollegiale Einstellung zu den Arbeitern aus und wird in den meisten Fällen wie selbstverständlich beantwortet.« Mit diesen Worten bereitete im Jahr 1970 die KPD/ML-Zeitung Roter Morgen ihre Verkäufer vor Betrieben auf den Kontakt mit dem Proletariat vor.⁷ Der Verkauf der Parteizeitung und/oder spezieller Betriebszeitungen war ein wichtiger Bestandteil der »politischen Aufklärung« der Arbeiter durch die maoistischen Gruppen. Sie war allerdings, zumindest was die Parteizeitungen angeht, alles andere als erfolgreich.

Die frustrierenden Berichte von Verkaufseinsätzen, bei denen, wenn überhaupt, nur ein oder zwei Zeitungen abgesetzt wurden, sind als Bild für die Unsinnigkeit des Vorhabens haften geblieben. Die Anleitung für Verteiler verweist bereits auf ein Grundproblem der »Bewusstseinsarbeit« am Proletariat: Wie die Arbeiter politisch belehren, ohne dass es nach Belehrung und Besserwisseri aussieht? Schon anders sah es bei der politischen Arbeit im Unternehmen aus. Oppositionelle Betriebsgruppen, die gegen Missstände im Werk angingen, fanden durchaus Zuspruch bei den Kollegen – vor allem bei denen, die sich durch die Politik des Betriebsrats und der Gewerkschaften nicht vertreten fühlten: Migrantinnen und Migranten, An- und Ungelernte, Jugendliche, Frauen. Und auch die Betriebszeitungen, die in der Regel von Aktiven aus dem Unternehmen verfasst wurden, Probleme in einzelnen Abteilungen benannten und zu Konflikten im Werk Stellung bezogen, stießen auf Interesse. Die revolutionären »Betriebsarbeiter« bemerkten das schnell und orientierten sich bei ihren Aktivitäten bald an den Interessen und Bedürfnissen der Kolleginnen und Kollegen, mit denen sie täglich zusammenarbeiteten. »Ich fand es völlig unsinnig, im Betrieb die Revolution zu proklamieren«, sagt Annette Schnoor, die seit 1973 in der KPD/ML aktiv war und seit 1974 Betriebsrätin in einem Siemens-Werk in Witten. »Weil das nichts mit dem Leben der Kolleginnen zu tun hat. Also habe ich die »politische Agitation« oft weggelassen.«

Für die kommunistischen Bünde und Parteien stellte der Verzicht auf politische Propaganda, das »Abgleiten« ihrer Mitglieder in eine rein »trade-unionistische« Praxis in unterschiedlichem Maße ein Problem dar. »Die Aufgabe der Kommunisten ist gerade«, schrieb etwa die KPD/ML-Zeitung Roter Morgen im Jahr 1973, »die Erfahrungen der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf mit den politischen Kampfaufgaben zu verbinden.«⁸ Durch Vernachlässigung dieser Aufgaben sei es zu »rechten Abweichungen in der praktischen Zellenarbeit« gekommen.

Wie eine solche Verbindung indes aussehen könnte, wusste die Partei nicht anzugeben. Meist blieb es bei der Mahnung, verstärkt »politische Enthüllungen« vor dem Fabrikator durchzuführen.

Die operaistischen Gruppen hatten dieses Problem nicht – zumindest in der Theorie. Die Bedürfnisse, die die Arbeiter in ihren Kämpfen artikulierten (nach mehr Geld, weniger Arbeit, mehr Freizeit und gegen die betriebliche Hierarchie), waren nach dieser Lesart in der Tendenz bereits gegen die Erfordernisse der kapitalistischen Produktion gerichtet. Es käme daher vor allem darauf an, die Autonomie der Arbeitskämpfe zu stärken und ihrer Einhegung und Bevormundung durch die

Gewerkschaften entgegen zu wirken. In der Tat waren die Betriebe zu Beginn der 1970er Jahre von einer bis dahin kaum gekannten Unruhe geprägt. Nie wurde so viel und so häufig ohne Zustimmung der Gewerkschaften gestreikt wie in den Jahren zwischen 1969 und 1973. Vor allem Frauen und ausländische Arbeiter, aber auch Lehrlinge und Auszubildende verlangten selbstbewusst das Ende ihrer Benachteiligung: Die Forderung nach linearen (also nicht-prozentualen) Lohnerhöhungen, die besonders den schlecht bezahlten Beschäftigtengruppen zugutekamen, oder nach Abschaffung der unteren Lohngruppen boten immer wieder Anlässe für spontane Arbeitsniederlegungen, die sich der Logik gewerkschaftlicher Tarifverhandlungen widersetzten – und die die Beteiligten nicht selten in Konflikt mit den Interessenvertretern in Betriebsrat und Gewerkschaft brachten.

Diese Ereignisse bestätigten einige Grundannahmen der operaistischen Gruppen, etwa was das kämpferische Potenzial der »multinationalen Massenarbeiter« anging, die ganz unten in der betrieblichen Hierarchie standen. Doch dass allgemein viel gestreikt wurde, bedeutete nicht, dass das auch in den Betrieben passierte, in denen die Gruppen aktiv waren. Und selbst wenn, waren solche Streiks besondere Ereignisse, die allenfalls einige Tage dauerten. Gaben sich die Aktivisten in diesen Auseinandersetzungen zu erkennen, zog das meist ihren Rausschmiss nach sich. Blieben sie unerkannt, bedeutete das, dass ihnen wieder ein an aufbauenden Ereignissen armer Arbeitsalltag bevorstand.

Während die Arbeit im Betrieb nur selten durch politische Erfolge aufgehellt wurde, entstanden außerhalb der Fabriken immer neue gesellschaftliche Kämpfe: Hausbesetzungen und Kämpfe für selbstverwaltete Jugendzentren in fast allen westdeutschen Städten, erste Ansätze zu einer neuen Frauenbewegung. Außerdem hatten auch viele junge Arbeiter und Lehrlinge, auf die die Aktivisten trafen, gar kein Interesse, auf Dauer in der Fabrik zu bleiben. Wenn sie konnten, schmissen sie den Job im Werk hin und nutzten die Gelegenheit zur Flucht aus der Hierarchie der industriellen Produktion – sei es in die Jugendzentren, in die ökonomischen Nischen der linken Szene oder in Arbeitslosigkeit, Jobs oder Abenteuerertum.

Angesichts dieser Erfahrungen stellten sich viele Mitglieder der Sponti-Gruppen die Frage, warum sie selbst weiter in der Fabrik schuften sollten. Der Revolutionäre Kampf aus Frankfurt erklärte 1973, die Jugendzentrumsbewegung, Hausbesetzungen und Schülerstreiks seien die modernen Klassenbewegungen des jugendlichen Proletariats.⁹ Sie spiegelten das Bedürfnis wider, gegen den Stumpfsinn in Arbeit, Ausbildung und Freizeit aufzubegehren und das eigene Leben selbst zu organisieren. Der RK gab die Betriebsarbeit zugunsten seiner anderen Aktivitäten auf.

Arbeitskämpfe in der Krise

Das Jahr 1973 markiert in mehrerlei Hinsicht einen Bruch. Nicht nur der RK, sondern die meisten Sponti-Gruppen beendeten in diesem Jahr ihre »Intervention« in die Fabriken und wendeten sich den neuen sozialen Bewegungen und den Aktivitäten der linken Szene zu, diskutierten über die politischen Möglichkeiten der Arbeitslosigkeit (»Nicht-Arbeit«) oder über den Aufbau alternativer, kollektiv geführter Betriebe. Auch die Welle betrieblicher Kämpfe zerschellte an den heftigen Reaktionen der Unternehmer auf die Streiks des Jahres 1973: Die Zerschlagung des wilden Streiks bei Ford in Köln, der mehrheitlich von türkischen Arbeitern getragen worden war, steht sinnbildlich für das Ende dieses Arbeitskampf-Zyklus' in Westdeutschland.

Dass die Unternehmen so heftig reagierten, hatte seinerseits damit zu tun, dass die wirtschaftliche Aufschwungphase, die die kapitalistischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg hatte erblühen lassen, mit der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1973 jäh endete. Das wiederum veränderte die Bedingungen für betriebliche Kämpfe in den Folgejahren dramatisch. Die Unternehmen

»rationalisierten« die Produktion, führten neue Maschinen ein, verlagerten Fertigungsstätten in andere Länder – und griffen Forderungen aus den betrieblichen Kämpfen der frühen 1970er Jahre teilweise auf, indem sie Gruppenarbeit einführten und die Arbeit modernisierten. Ab Mitte der 1970er und erst recht in den 1980er Jahren dominierten nicht mehr offensive Forderungen nach mehr Lohn die Arbeitskonflikte; zunehmend kämpften die Belegschaften gegen Entlassungen, Betriebsschließungen und -verlagerungen.

Auch die K-Gruppen reagierten auf diese Entwicklung, wenn auch recht unterschiedlich. Bewegungsorientierte Gruppen wie der Kommunistische Bund verlagerten den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ebenfalls zu den neuen sozialen Bewegungen: Sie engagierten sich in den Protesten gegen Atomkraftwerke und später in der Friedensbewegung. Andere wie z. B. die KPD/ML hielten an der Zentralität des Proletariats und der Klassenkämpfe fest und bemühten sich, ihre Position in den Unternehmen zu festigen. Viele engagierten sich weiter in oppositionellen Kollegengruppen in ihren Unternehmen (oder hielten diese am Leben). Ab Mitte der 1970er Jahre eroberten solche Gruppen ansehnliche Minderheitenpositionen, manchmal sogar die Mehrheit in den Betriebsräten größerer Unternehmen. Weniger erfolgreich waren Versuche, eine »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« aufzubauen. Viele hundert betrieblich aktive Linke wurden im Laufe der 1970er Jahre aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und waren im Unternehmen von Kündigung bedroht.

Zum Ende des Jahrzehnts ließ das Interesse der linken Bewegungen an den Kämpfen in den Unternehmen nach. Wer trotzdem blieb, hatte gute Gründe dafür gefunden. Manchen entschädigte eine interessante Tätigkeit oder die guten Kontakte zu Kollegen dafür, dass mit der Revolution vorerst nicht zu rechnen war. Andere fanden eine sinnvolle Aufgabe im Betriebsrat oder gönnten es der Gegenseite nicht, dass man sie so schnell wieder loswurde. Einigen machten sogar doch noch Karriere – im Betriebsrat oder Gewerkschaftsapparat; Berthold Huber und Klaus Franz sind nur zwei Beispiele für jene, die über die Jahre vom revolutionären Betriebsaktivisten zum angesehenen Sozialpartner der Unternehmen wurden. Für viele, die in der Fabrik blieben, spielten schließlich ganz praktische Gründe eine Rolle. Peter B., der Anfang der 1980er von der Metall- in die chemische Industrie wechselte, sagt: »Mir gefiel die Zusammenarbeit mit den Kollegen auf der Schicht echt gut. So eine Solidarität hast du in anderen Berufen selten. Und finanziell war es auch nicht das schlechteste. Du hattest zwar nie zu viel Geld, aber als Facharbeiter doch ein ganz gutes Einkommen. Wir hatten zwei Kinder und konnten eigentlich immer in Urlaub fahren.«

Viele der Verbliebenen hielten unter veränderten Vorzeichen an ihrer oppositionellen Haltung fest. Sie bildeten in den 1980er und 1990er Jahren – und teilweise bis heute – die Netzwerke der betrieblichen und gewerkschaftlichen Opposition in Westdeutschland.

In weiten Teilen der linken Bewegungen ist die Geschichte dieses Versuchs heute vergessen oder nur in Form von Anekdoten präsent. Wenn Linke heute wiederbeginnen, ihre eigenen Erfahrungen mit Arbeit und Ausbeutung als politische Fragen zu begreifen, ist das vielleicht eine gute Gelegenheit, sich an die Experimente gegen die Arbeit am Fließband zu erinnern.

1 Sofern nicht anders vermerkt, stammen die Zitate aus Interviews, die ich für das Buch »Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren« gemacht habe.

2 Gruppe Arbeiterkampf, Streik bei Ford Köln, Köln 1973, S. 230.

3 Die Bezeichnung verweist darauf, dass diese Gruppen den spontanen Tendenzen in den Klassenkämpfen besondere Bedeutung beimäßen. Die Auseinandersetzung über das Verhältnis spontaner Kämpfe und politischer Avantgarde geht zurück auf eine Kritik Rosa Luxemburgs an Lenins Parteimodell zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

4 Revolutionärer Kampf: Untersuchung – Aktion – Organisation, in: Internationale Marxistische Diskussion: Arbeitspapier No. 3, Berlin 1971, 3-21.

5 Neben »Spontis« und »Maoisten« gab es noch eine Reihe weiterer Versuche, das Bündnis zwischen Studenten und Proletariat zu schmieden: Sehr viele organisierten sich nach 1968 in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die sich politisch an der Sowjetunion ausrichtete; daneben arbeiteten anarchistische, trotzkistische und auch christliche Gruppen und Zirkel in den Fabriken. Auch politische Bildungsarbeit in den Gewerkschaften war ein Aktionsfeld vieler an der Arbeiterbewegung orientierter Linker nach 1968. In diesem Text liegt das Augenmerk aber auf den beiden erstgenannten Strömungen.

6 Peter Schneider: Die Frauen bei Bosch, in: Kursbuch 21: Kapitalismus in der Bundesrepublik, Berlin 1970, 83.

7 Roter Morgen, Nr. 10, November 1970.

8 Roter Morgen, Nr. 4, Februar 1973.

9 Revolutionärer Kampf: Betriebsarbeit, in: Redaktion diskus: Küß den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Berlin/Amsterdam 1992, 273-286

Weiterführende Literatur

Bücher

Jan Ole Arps: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren, Berlin/Hamburg 2011.

Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt/New York 2007.

Frombeloff: ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993.

Jochen Gester, Willi Hajek (Hrsg.): 1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er Revolte, Bremen 2002.

Gruppe Arbeiterkampf: Streik bei Ford in Köln, Köln 1973.

Willi Jasper, Karl Schlögel, Bernd Zieseimer: Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin 1981.

Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Frankfurt am Main 2007.

N. N.: Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.

Revolutionärer Kampf: Untersuchung – Aktion – Organisation, in: Internationale Marxistische Diskussion: Arbeitspapier Nr. 3, Berlin 1971.

Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002.

Peter Vollmer: 1976 bis 1978. Zwei Jahre im Kabelwerk Winckler Berlin. Ein Rückblick nach persönlichen Aufzeichnungen.

Eingestellte Zeitschriften

Autonomie – Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, hier v. a. Nr. 9, 1977

Websites

www.mao-projekt.de (hier sind ziemlich viele Texte unterschiedlicher K-Gruppen im Original zu lesen)

www.labournet.de

<http://www.labournet.de/express/index.html>; express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

www.wildcat-www.de, Gruppe und Zeitung